

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

1.10.1932 (No. 230)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 954
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatangelegenheiten
Chefredakteur
E. A. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Sonntags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachregister für Baden, Badischer Zentralfachregister für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Marshall der Nation

Von Friedrich Wilhelm Heinz, G.D.S.

„Es gibt keinen Zufall, der 85 Jahre währt.“

Wer vor dem Schicksal und den wirkenden Mächten der Vergangenheit, also der lebendigen Geschichte, keine Ehrfurcht verspürt, dem bleibt die Gestaltung der Zukunft verlagert. In einer Zeit, die sich ihrer bewegenden Kräfte und ihrer eigentlichen Aufgaben noch kaum bewußt ist, bestimmt nicht der äußere Anspruch, sondern die innere Haltung den Rang des Menschen. An der Fähigkeit, Hindenburgs Rang zu erkennen und über die belanglosen Vorgänge der Tagespolitik hinweg seine überzeitliche Gestalt zu bejahen, entscheiden sich heute in Deutschland die Geister.

Es wird zum 85. Geburtstag Hindenburgs weder an Lobpreisungen noch an Schmähungen fehlen. Beides berührt ihn kaum; denn Hindenburg selbst ist zu bescheiden, um sich als größten Feldherren und erfolgreichsten Staatsmann der neueren Zeit rühmen zu lassen. Hindenburg hat drei Kaiser gedient und ist dann Präsident einer Republik geworden. Er erlebte drei Generationen, die sich schärfer voneinander abgrenzten und unterschieden, als jemals deutsche Generationen vorher: er blieb sich selber treu. Hindenburg sah Feldherren und Minister und Feinde und Freunde kommen und gehen und wiederkommen, er wurde gewahrt, wie er bald von der einen, bald von der andern Seite in Anspruch genommen wurde, wie die einen als höchste Tugend priesen, was die andern als ärgsten Abfall verwarfen: sein Menschentum blieb über allem Herzensabbat dieser Übergangszeit unverwandelt und rein.

Hindenburg dient; und dies ist in einer Zeit, wo es nur zuviel Unberufene zur Herrschaft gibt, allein entscheidend. Von der Führerschaft bis heute hat die Pflicht Hindenburg auf einen Posten gestellt und befohlen: halte ihn nach bestem Ermessen und Vermögen. Was kann für Hindenburg hinter dieser Pflicht anders stehen als Deutschland? Staatsformen wechseln, Regierungen lösen sich ab, das Kräfteverhältnis der Parteien verschiebt sich, Parteien und Wirtschaftsgruppen und Ideologien verneinen Hindenburg vollzogen ihren Willen, sie beschlagnahmen ihn je nach Bedarf für die Demokratie und für die Diktatur, für den westlichen Kapitalismus wie für eine undeutlich gewordene Form der Monarchie, für den Staat von Weimar wie für eines der geschmackloser Weise von I bis III nummerierten Reiche; es ist Hindenburgs Schicksal, fernab von all diesen Überlegungen und Absichten des Zweckes im Dienste des Reiches zu stehen und durch sein Vorbild ebenso wie durch seinen Widerstand der eigentlichen Gestaltung des Reiches vorzuwirken.

In einer Zeit der Scheinwerte und Scheinlösungen, der Verprechungen und Verhandlungen, der Verfälschungen und der feilschen Preisgabe ist es neben der bewußten Arbeit der Künftigen für das Reich äußerstes und unbedingtes Erfordernis, daß über dem unverbodenen Teile des Volkes eine bewahrende Erscheinung steht, die allein durch das wirkt, was sie ist. Denn die Zeit der Enttarnung aller falschen Propheten und Heilsbringer ist nahe: Dann aber braucht das Volk eine Gestalt, an deren unwandelbaren Treue und Geschlossenheit es sich aus seiner über alle Mähen bitteren Enttäuschung aufrichten kann. Von allen denen, die heute sichtbar im politischen Leben der Nation stehen, wird allein der 85jährige Hindenburg in das mythische Bewußtsein der Volkseele eingehen: in der schlichten Wirklichkeit der äußeren Erscheinung, in der Ursprünglichkeit des inneren Wesens. Die kleine, vom Vater ererbte Tafel auf Hindenburgs Schreibtisch: ora et labora! (bete und arbeite!), ist ein stärkeres Dokument für die einstmalige benötigte Kampf- und Lebensfähigkeit der Nation, als mancher diese Wälzer voller Schlagworte und Selbstverständlichkeiten.

Über dem freien Ermessen des Menschen waltet die göttliche Vorsehung. Es gibt keinen Zufall, der 85 Jahre währt. Wer das Schicksalhafte des Hindenburgischen Weges nicht zu erkennen vermag, hat keinen Blick für die tieferen Kräfte und höheren Wirklichkeiten, deren Abbild der Mensch und deren Sinnbilder die Taten dieser Erde sind. Wie Hindenburg eingesetzt wurde als Vorbild und Persönlichkeitsbildende Erscheinung, so wurde ihm als Aufgabe zugemessen, allein durch sein Dasein die Kräfte des kommenden Reiches reifen zu lassen und alle vorzeitigen Versuche der Untauglichen zu verhindern. Mag es zum Hindenburg einsam werden, mögen Lob und Tadel

Letzte Nachrichten

Hindenburgs Geburtstag

Feter in London

W.D. London, 1. Okt. (Tel.) Der Deutsche Verein London gedachte gestern bei seiner Zusammenkunft in eindrucksvoller Weise des bevorstehenden 85. Geburtstages des Reichspräsidenten. Das Vorstandsmittglied, Rechtsanwalt Gruefmann, betonte in seiner Rede die Pflichttreue und Vaterlandsliebe des Reichspräsidenten, die er als Beispiel für jeden Deutschen hinstellte. Aus Anlaß des Geburtstages von Hindenburgs veröffentlicht das Journal aus Deutschland zurückgelehrte Parlamentsmitglied, Robert Bernays, im „News Chronicle“ eine ausführliche Würdigung der Person und der Taten des Reichspräsidenten, der gleichsam den „eisernen Vorhang zwischen Ordnung und Bürgerkrieg“ darstelle. Der Reichspräsident sei mit den politischen Entwicklungen des modernen Deutschland in engerer Fühlung, immer aktiver und so. So stehe er, eine Säule der Treue in einer taumelnden Welt.

Chüringen an den Reichspräsidenten

W.D. Weimar, 1. Okt. (Tel.) Das Thüringische Staatsministerium hat an den Reichspräsidenten zu seinem 85. Geburtstag ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm gerichtet.

Ein nationalsozialistischer Glückwunsch

W.D. Berlin, 1. Okt. (Priv.-Tel.) Die preussische Landtagsfraktion der Nationalsozialisten hat folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt: „Dem Generalfeldmarschall des großen Krieges herzliche Glückwünsche und die Bitte: Mit Adolf Hitler für ein starkes Preußen und Deutschland. Gott segne Sie! Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages, Wilhelm Kube.“

Seitfleischverbilligung als Winterhilfe

W.D. Berlin, 1. Okt. (Tel.) Die von der Reichsregierung beschlossene Preisverbilligung für den bisherigen Preis von Arbeitslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen, sieht eine Verbilligung von 2 Pfund frischem Minder- oder Schweinefleisch je Monat um 20 Pf. je Pfund vor.

Der erste Bezugsschein mit 3 Abschnitten für je 1 Pfund Fleisch wird, soweit es sich bei den Ausgabestellen (Arbeitsämtern und Fürsorgebehörden) irgend ermöglichen läßt, Mitte Oktober mit der Weisung zur Ausgabe gelangen, daß der erste Abschnitt bis zum 12. November, die beiden übrigen Abschnitte für den ganzen Monat November Gültigkeit haben.

Das Erdbeben auf Chalcidice

W.D. Saloniki, 1. Okt. (Tel.) Britische Kriegsschiffe beschossen die Trümmer von Hierissos und Stavros an der Ostküste der Chalcidice, um die nachstehenden Mauern, die eine Gefahr bilden, umzulassen. Gestern wurden noch einige leichte Erdstöße wahrgenommen. Auf der Athoshalbinsel ist der Schaden unbedeutend. Die historischen Klöster und Kirchen haben nicht gelitten.

Louis Hagen †

In Köln ist Geheimrat Dr. e. h. Louis Hagen, der Präsident der Handels- und Industrie-Kammer, Samstagmorgen, um 7 Uhr, im 78. Lebensjahr verstorben.

Louis Hagen wurde 1855 als Sohn eines Bankiers in Köln geboren. Seit dem Jahre 1873 ist er in dem von seinem Großvater gegründeten Kölner Bankhaus Levy in Köln tätig, wo er bereits mit 22½ Jahren mitverantwortlicher Inhaber wurde. Wie hoch man sein Wirken um die Entwicklung der rheinischen und deutschen Wirtschaft schätzt, davon zeugen die zahlreichen Ehrenämter und die vielen Berufungen in große Körperschaften. Seine weit über Deutschlands Grenzen hinausgehenden internationalen wirtschaftlichen Beziehungen führten gleich nach dem Eintritt Deutschlands in die Internationale Handelskammer zu seiner Wahl in deren Vorstand. Dem Generalsekretär der Reichsbank gehörte er seit dessen Gründung an. Als Vertreter der Zentrumspartei ist er Mitglied des Preussischen Staatsrats. Als eifriger Förderer von Kunst und Wissenschaft zeichneten ihn mehrere Hochschulen durch Verleihung des Ehrendokortitels aus.

Das Luftschiff „Geaf Zeppelin“ ist heute, Samstag, früh in Pernambuco zur Rückkehr nach Friedrichshafen gestartet.

an ihm vorbeizielten: er ist da, und deshalb ist er notwendig. Hindenburgs Schicksal, ihm selbst nicht einmal bewußt, aber von ihm selbst in höchster Treue und bis zur Selbstaufopferung erfüllt, ist es, durch das Vorbild bewahrende Kraft für alle im Wesen deutschen Kräfte zu sein, deren das Reich bedarf, gleichzeitig aber als Element der Beharrung und Verzögerung die grundwasser-tiefen, glühenden und kalten Bestandteile der deutschen Erneuerung in der Stille sich klären, fättigen und härten zu lassen, ehe aus ihnen in der Stunde des Durchbruches und der Geburt der schlackenfreien und unversehrbaren Kristalle des Reiches emporsteigt.

Wir grüßen und verehren in Hindenburg das Ewige, weil wir es in der Vergangenheit erkennen und für die Zukunft brauchen. Wir bejahen in Hindenburg das Zeitliche, weil es uns zum Dienst an der Zukunft zwingt.

* Zur politischen Lage

Mandschukuo und Völkerbund

Es ist ein Glück für den Völkerbund, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihm nicht angehören. Denn, würde Nordamerika Mitglied des Völkerbunds sein, dann würde es sich die Art und Weise, wie diese Institution bisher die mandschurische Frage behandelt hat, nicht haben gefallen lassen, und dann wäre wahrscheinlich über dem Drängen Washingtons der Völkerbund schon längst in die Luft geflogen. Aber auch ohnedies steht der ganze Bau des Völkerbunds auf einem sehr wackligen Fundament. Und das wird gerade durch die mandschurische Frage bewiesen.

Was Japan in der Mandchurei getan hat, ist nicht anders, als ein glatter Völkerrechtsbruch, ist nichts anderes, als die rohe Vergewaltigung einer anderen Macht. Und der Völkerbund hat es nicht vermocht, zügelnd einzugreifen, obwohl beide Mächte, um die es sich hier dreht, Japan und China, seine Mitglieder sind.

Die Annexion der Mandchurei durch Japan ist vollzogen; der Vertrag zwischen dem angeblich selbständigen Mandschukuo (Mandschukuo) und Japan ist unterzeichnet, und dieser Vertrag läßt mit allen seinen Paragraphen auch nicht mehr den geringsten Zweifel darüber aufkommen, daß die Mandchurei heute faktisch eine Kolonie, ein Schutzgebiet des japanischen Kaiserreichs ist. Und die Kommission, die vom Völkerbund zum Studium des Problems an Ort und Stelle entsandt worden ist, wird mit ihrem Bericht an dieser Tatsache nichts mehr ändern können, zumal Japan mit aller Kaltblütigkeit darauf hinweisen wird, daß Mandschukuo ein „autonomer Staat“ sei und tun und lassen könne, was ihm beliebt. Mit den bekannten Mitteln einer skrupellosen Diplomatie, über deren Einzelheiten ein Machiavelli in helles Entzücken geraten wäre, ist unter den Augen des Völkerbunds eines der wichtigsten Gebiete der Welt seinen Eigentümern entrissen und einer anderen, expansionslüsternen Macht einverleibt worden.

Hat der Völkerbund seinem vergewaltigten Mitglied China nicht helfen können, so haben ihm auch die beiden außerhalb des Völkerbunds stehenden Großmächte, Rußland und Nordamerika, bisher ebensowenig helfen können, obwohl die Annexion der Mandchurei so ziemlich der schwerste Schlag ist, der beiden Großmächten in Ostasien verfehlt werden konnte. Wie behauptet wird, ist Rußlands stillschweigende Zustimmung mit Lieferungsverträgen erkauft worden. Stalin braucht für die weitere Durchführung seiner Pläne Devisen um jeden Preis, und die Lieferungsverträge sollen ihm diese Devisen hereinbringen. So ist die russische Machtstellung in Ostasien um einer aberwitzigen, wirtschaftspolitischen Idee willen geopfert worden.

Was Nordamerika betrifft, so hat es formell gegen die Annexion der Mandchurei Protest erhoben und erklärt, daß es Mandschukuo als Staat nicht anerkennen werde und sich alle weiteren Schritte vorbehalte. Hinter den Kulissen wirbt Nordamerika um Bundesgenossen, um einen Druck auf Japan auszuüben. Selbst dann, wenn dieses Werben von Erfolg gekrönt sein sollte, wenn also England und Frankreich sich mit Washington solidarisch erklären sollten, wird das Rad der Geschichte in Ostasien auf diese Weise nicht mehr zurückgedreht werden können. Denn Japan wird auf diplomatische Vorstellungen nichts mehr geben. Es ist zweifellos entschlossen, die Mandchurei und deren Besitz mit der blanken Waffe in der Hand zu verteidigen. Amerika müßte also den Krieg mit Japan riskieren, wenn es wirklich etwas erreichen wollte.

Erledigt ist damit die mandschurische Frage allerdings noch nicht. Denn der Hauptgegenpieler der Japaner ist und bleibt der Chinese selbst. Und die Chinesen, von denen heute über 20 Millionen in der Mandchurei wohnen, werden sich den Raub nicht ruhig gefallen lassen; sie werden alles tun, um den Boden der japanischen Herrschaft in der Mandchurei zu unterwühlen und dort eine Situation zu schaffen, die politisch und militärisch ein Eingreifen anderer Großmächte nicht nur erforderlich, sondern auch aussichtsreich macht.

Daß die Japaner in demselben Augenblick, in welchem ihnen der Völkerbund wirklich ernstliche Schwierigkeiten machen würde, aus ihm austreten würden, weiß man längst. Der Völkerbund, der ja seit einer Woche in Genf tagt, befindet sich also in einem mehr als kritischen Sta-

dium. Denn zu dem mandchurischen Problem kommt das nicht minder schwierige Problem der Abrüstung und der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung.

Deutschland und Frankreich

Die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung wird neuerdings von der französischen Diplomatie nicht mehr rundweg abgelehnt. Man hat sich in Paris für eine andere Methode entschlossen, für eine Methode, die für uns allerdings nicht weniger gefährlich ist. Man will nämlich die Beratungen der Konferenz dahin beeinflussen, daß eine Abrüstungskonvention zustande kommt, die gewiß Deutschland einige geringfügige Verstärkungen seiner bisherigen Rüstungen gestattet, die aber mit ihren übrigen Paragraphen die Überlegenheit der französischen Rüstung ein für allemal festlegt. Mit allen Mitteln einer kühnen Dialektik werden von Paris aus die Dinge so hingestellt, als ob Frankreich ja schon in erheblichem Maße abgerüstet habe, und als ob es um seiner Sicherheit willen mit Recht eine besonders starke Rüstung zu beanspruchen habe.

Deutschland würde bei einer solchen Entwicklung der Dinge noch viel schlimmer dran sein als jetzt. Denn es würde dann die hängenden Stricke des Versailler Vertrags gegen die stählernen Fesseln der neuen Konvention eintauschen; es würde für alle Ewigkeit auf die Rangstufe eines mittleren Staats herabgedrückt werden. Denn darüber ist ja nicht weiter zu diskutieren, daß in erster Linie doch die Großmachtstellung eines Volkes durch seine Heeresstärke bestimmt wird.

Der deutsche Reichszugler, Herr von Papen, hat sich zu Anfang der verflochtenen Woche in einem Interview sehr offen und recht wirkungsvoll über alle diese Fragen ausgesprochen. Bedenklich, weil zu Mißverständnissen herausfordernd, ist höchstens ein Satz; und der lautet: „Wir haben niemals verlangt, uns in demselben Umfange zu bewaffnen, wie dies Frankreich und andere Staaten tun.“ Wahrscheinlich wollte Herr v. Papen sagen, daß wir niemals daran gedacht haben, eine derartig uferlose Rüstungspolitik zu betreiben, wie die anderen Mächte. Daß wir aber, wenn die allgemeine Abrüstung nicht zustande kommt, prinzipiell verlangen müssen, dieselben militärischen Garantien unserer Sicherheit zu haben, wie Frankreich, das versteht sich doch wohl von selbst. Und, wenn unser Heer auch immer nur ein Heer zu Zwecken der Verteidigung sein wird, so muß sich doch stets die Stärke der Verteidigung nach der Stärke des mutmaßlichen Angriffs richten. Die letzten Manöver in Frankreich aber haben gezeigt, daß wir mit einer ganz ungeheuren Angriffsstärke Frankreichs zu rechnen haben.

Herr von Papen hat sich aus Gründen der Diplomatie auf solche Fragen nicht eingelassen, sondern er hat sich vor allem auf den Rechtsstandpunkt bezogen, wie er sich aus dem Versailler Vertrag ergibt. Er hat sonach die Abrüstung verlangt, zu der sich die Mächte im Versailler Vertrag verpflichtet haben. Und er hat betont, daß von deutscher Aufrüstung überhaupt keine Rede sein könne, sondern von gleicher Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz. Wir fordern, daß die Abrüstungskonvention — mag sie nun aussehen wie sie will —, auf uns ebenso anwendbar ist, wie auf alle anderen Staaten, daß wir also im Rahmen dieser allgemeinen Konvention „dieselbe Freiheit der Anpassung unserer Rüstungen an unsere nationalen und sozialen Bedürfnisse verlangen müssen, wie sie jedem anderen Staate zusteht“. Wir selbst aber erstreben den Rüstungsausgleich durch Senkung des allgemeinen Rüstungsstandes. Praktisch heißt das, daß, wenn dieses Niveau dem heute in Deutschland geltenden entspricht, für uns die Forderung der Gleichberechtigung erfüllt ist.

Im zweiten Teil seiner Darlegungen hat dann Herr von Papen die Übertreibungen und Entstellungen der Rede, die Herrriot in Gramat gehalten hat, zurückgewiesen. Er hat bei dieser Gelegenheit mit großem Nachdruck festgestellt, daß das, was in Frankreich auf dem Gebiete der Abrüstung bis jetzt geschehen sei, weit weniger eine Abrüstung als eine Umrüstung darstellt, die das Schwergewicht der französischen Heeresmacht in die Reserven und in das Material verlegt. Zeuge es etwa von Abrüstung, daß die französischen Militärausgaben in 6 Jahren um 100 Proz. gestiegen sind? Nach den neuesten Berechnungen ist übrigens das französische Militärbudget faktisch, also ohne künstliche Frisierungen, um beinahe 50 Proz. höher als im letzten Vorkriegsjahre.

Was nun in Genf geschehen wird, weiß niemand zu sagen. Die französische Diplomatie ist an sich in keiner beneidenswerten Lage. Denn sie muß riskieren, daß, wenn sie bei ihrer Haltung bleibt und Deutschland weiterhin als einen Staat minderen Rechtes zu behandeln versucht, Deutschland eines Tages dem Völkerbund den Rücken kehrt. Damit aber wäre die Existenz des Völkerbunds so gut wie vernichtet. Diejenige Großmacht aber, die an dieser Existenz das größte Interesse hat, ist nun wieder Frankreich selbst.

Zur Zeit befindet sich in Genf alles im Schwebezustand. Und die Vorgänge in Ostasien sind ja auch wirklich nicht geeignet, die Staatsmänner der Welt zu sehr raschen Entschlüssen zu veranlassen. Weiß man doch, von wie ungeheurer Tragweite solche Entschlüsse sein können. Was Deutschland betrifft, so wird es sicherlich noch einige Zeit geduldig warten. Darüber aber darf nirgends ein Zweifel bestehen, daß wir uns mit irgendwelchen Beschlüssen, welche das Regime der Ungerechtigkeit, die Methode des Messens mit zwei Maßstäben verewigen, nicht hinnehmen werden.

Innere Politik

Die gesamte innere Politik gerät immer mehr unter das Zeichen des Wahlkampfes. Und dieser Wahlkampf erhält seinerseits wieder sein besonderes Gepräge durch die Tatsache, daß sich Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei einerseits und Nationalsozialisten andererseits am leidenschaftlichsten bekämpfen.

Inzwischen hat Herr von Papen in Ostpreußen eine Rede gehalten, aus der zu entnehmen ist, daß er und sein Kabinett die Schaffung einer parteimäßigen Stütze für die Durchführung der politischen Ziele sehr gerne sehen würden. Wie das aber geschehen soll, darüber hat er sich nicht geäußert. Soll eine Partei-Union geschaffen werden, die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und, was sich sonst zu Herrn von Papen bekennet, in einem Hause vereinigt, oder soll neben den bestehenden Parteien eine ganz neue Partei gegründet werden? Was die erste Möglichkeit betrifft, so wird sich ihr der Diktator der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Eugenberger, aufs entschiedenste widersetzen. Denn in dieser neuen Partei-Union würde ja nicht Herr Eugenberger, sondern Herr von Papen der gegebene Führer sein. Und soweit geht die Begeisterung des Herrn Eugenberger sicherlich nicht, daß er die ganze Macht seiner Stellung und den ganzen Apparat seiner Partei Herrn von Papen ausliefern würde.

Eine völlig neue Partei zu gründen, scheint aber ziemlich aussichtslos zu sein. Dazu gehören die richtigen Männer, dazu gehört Geld und eine wohlorganisierte Presse, und dazu gehören immerhin auch einige Wähler. Im übrigen drängt die Zeit: der Termin der Reichstagswahl rückt immer näher. Und es wäre ein Übel, sich von einer neuen Partei etwas versprechen zu wollen, die vielleicht erst zehn Tage vor dem Wahltag öffentlich in Erscheinung tritt.

Inzwischen wird in der Presse weiterhin die Frage untersucht, wie Herr von Papen seine Ideen realisieren wolle. Er selbst hat in Ostpreußen davon gesprochen, es könne aus dem Volke heraus der Impuls kommen, der die Reichsregierung legitimiert, die verfassungsmäßigen Zustände neu zu regeln. Dieser Satz hat Aufsehen erregt. An sich wäre er dann diskutierbar, wenn man annehmen dürfte, daß dieser Impuls aus dem Volke auch wirklich große Massen dieses Volkes — sagen wir einmal etwa die Hälfte — umfaßt. Soweit man bis jetzt sehen kann, sind es aber nur 7, höchstens 10 Proz. der Wählerschaft, die Herrn von Papen und seine Ideen positiv unterstützen wollen.

Da dem so ist, spielen Deutschnationalen Politiker gerne mit dem Gedanken eines Verfassungsbruchs, so z. B. Herr Graef. Allerdings hat Herr Graef die von ihm berichteten diesbezüglichen Äußerungen berichtigt; aber die Berichtigung wird niemandem befriedigen, da sie dem Sinne nach eigentlich das bestätigt, was er gesagt haben soll.

Anweisungen des Reichsinnenministers für den 2. Oktober. Der Reichsinnenminister hat angeordnet, daß am Geburtstage des Reichspräsidenten alle Gebäude der Reichsdienststellen vorchriftsmäßig zu flaggen haben. — Zu einem gegen einen deutschnationalen Antrag gefassten Beschluß der aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammengesetzten anhaltischen Staatsregierung, am 2. Oktober nicht zu flaggen, wird erklärt, daß die Reichsregierung keinerlei Zwangsmaßnahmen gegen Anhalt unternehmen werde, da es sich lediglich um eine Anregung der Reichsregierung handele. Übrigens hat die anhaltische Staatsregierung nun bekanntgegeben, daß sie, „um Weiterungen und Auswüchsen zumunsten des Landes zu verhüten“, dem Wunsche der Reichsregierung, am Geburtstage des Reichspräsidenten zu flaggen und Schulfeiern abzuhalten, Rechnung tragen werde.

Der Zusammenstoß der Mitte gescheitert. Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Staatspartei teilt mit: Bei einer erneuten Zusammenkunft von Vertretern der Mittelparteien zu dem Zweck eines Zusammenchlusses der Mitte für die Reichstagswahl erklärte der Vertreter der Deutschen Volkspartei, daß seine Partei eine Listenverbindung mit Eugenberger so gut wie abgeschlossen habe und infolgedessen für sie kein Interesse mehr für ein Zusammengehen der Mitte bestehe. Der Christlichsozialen Volksdienst hatte mitteilen lassen, daß seine Organe eine Verbindung mit anderen Gruppen abgelehnt hätten.

Kleine Chronik

Für die Taufe des „Neuen“, die beim Pfälz. Weinlesefest am morgigen Sonntag in Neustadt vorgenommen wird, sind bis jetzt aus allen Gegenden Deutschlands schon mehr als 2000 Vorschläge eingegangen. Für den eingeleiteten Ausschuss wird es deshalb nicht leicht sein, aus der Fülle der eingeleiteten Vorschläge den treffendsten Namen für den diesjährigen Wein zu finden.

In Berlin-Neukölln gerieten ein Nationalsozialist und ein Kommunist in einen heftigen Streit; der Nationalsozialist gab fünf Schüsse ab, die seinen Gegner und einen unbeteiligten Straßenpassanten schwer verletzten.

In Danzig sind vier Nationalsozialisten unter dem Verdacht der Teilnahme an den Königsberger Bombenanschlägen verhaftet und nach Ostpreußen abgeschoben worden.

Im Wiener Gemeinderat kam es am Freitagabend, als der nationalsozialistische Gemeinderat Frauenfeld mit Bezug auf die Sozialdemokraten erklärte, die Nationalsozialisten könnten mit Messerstechern und Bagabunden nicht zusammenstehen, zu einem großen Tumult und einer Schlägerei, bei der drei Sozialdemokraten leicht und vier Nationalsozialisten erheblicher verletzt wurden. — Ein Zug Nationalsozialisten, der am Heim des Holzarbeiterverbandes vorbeizog, wurde aus Revolvern beschossen. Dabei wurden sechs Nationalsozialisten verletzt.

In Belgrad explodierte im Offizierskafé ein Paket, das eine Höllemaschine enthielt. Der Träger, dem es ein elegant gekleideter Mann übergeben hatte, und eine Aufwärmerin erlitten tödliche Verletzungen. Wie verlautet, soll auch ein Offizier verletzt worden sein.

Der Koreaner Mikosho, der im Januar eine Bombe nach dem Mikado geworfen hatte, wurde in Tokio zum Tode verurteilt.

Bei dem letzten Orkan über Portorico wurden 212 Personen getötet und 2000 verletzt; 245 000 sind obdachlos.

Die politischen Ausschreitungen in Preußen

Seit 1. Januar 155 Todesopfer

Im preußischen Innenministerium ist eine auf polizeilichen Ermittlungen basierende Zusammenstellung der politischen Todesopfer in Preußen seit dem 1. Januar 1932 ausgearbeitet worden. Sie ergibt eine Gesamtsumme von 155 Todesopfern, die sich auf die einzelnen Monate folgendermaßen verteilen:

Januar 10, Februar 8, März 11, April 6, Mai 7, Juni 19 (am 21. Juni Aufhebung des Uniformalbets), Juli 86 (bis zum 20. Juli, dem Tag der Einsetzung des Reichskommissars, 68, danach 23), August 8 (am 10. August Verordnung über Sondergerichte und Verschärfung der Strafen), September 0.

Von den Getöteten gehörten 70 der Nationalsozialistischen Partei an, 54 den Kommunisten, 10 dem Reichsbanner, der SPD, oder der „Eisernen Front“ und 21 keiner politischen Gruppe. Unter diesen 21 befinden sich auch 2 Polizeibeamte.

Keine Auflösung des Hesse-Landtags. Im Ausschuss des Hesse-Landtags stand gestern der sozialdemokratische Antrag auf Auflösung des Landtags und Zusammenlegung der Landtagsneuwahl mit der Reichstagswahl am 6. November zur Abstimmung. Für den Antrag stimmte außer den drei Vertretern der Sozialdemokratie nur der eine kommunistische Abgeordnete, gegen den Antrag erklärten sich die beiden Vertreter des Zentrums. Die sechs nationalsozialistischen Abgeordneten, bei denen die Entscheidung lag, enthielten sich der Stimme. Der Antrag, der eine Zweidrittelmehrheit erforderte, ist also abgelehnt.

Staatsrat Dr. Weber thüringischer Landesparlamentarier. Das thüringische Kabinett beschloß, Staatsrat Dr. Weber als Landesparlamentarier einzusetzen. Er soll an Hand des Gutachtens des Reichsparlamentarierkommissars feststellen, welche Ersparnungsmöglichkeiten in der thüringischen Landesverwaltung noch bestehen.

Einweihung der Staustufe Griesheim. Die mit einem Kostenaufwand von 19 Millionen Reichsmark erbaute Main-Staustufe Griesheim bei Frankfurt a. M., die erste Staustufe zur Schaffung des Großschiffahrtsweges Frankfurt-Nordsee, ist am Freitag durch Staatssekretär König vom Reichsverkehrsministerium dem Verkehr übergeben worden. Nach Schaffung zweier weiterer Staustufen zwischen Griesheim und Mainz, die bis zum Jahre 1935 voraussichtlich fertiggestellt sein werden, wird Schiffen bis zu 3000 Tonnen der Verkehr bis Frankfurt möglich sein.

Zwischen der Stadt Essen und dem Staat Preußen ist eine Einigung über die gegenseitigen Beziehungen herbeigeführt worden, die sich bis zum 1. November auswirken soll. Eine Einsetzung eines Staatskommissars ist daher zunächst nicht zu erwarten.

Eugenberger-Berlag gegen Goebels. Der Firma August Scherl, des Verlags Eugenberger, hat eine einstweilige Verfügung gegen Goebels wegen der Veröffentlichung eines Aufsatzes und Parteibefehls mit der Androhung von Boykottmaßnahmen gegen die „bürgerlich-nationalen Zeitungen“ durchgesetzt. Sie wird damit begründet, daß ein Verstoß gegen die guten Sitten und unlauteren Wettbewerb vorliegt. Diese Verfügung besagt, daß Goebels bei Vermeidung einer fiktionalen Geldstrafe bis zu 300 000 RM. und einer fiktionalen Strafe bis zu 6 Monaten Haft für jeden Fall der Zuwiderhandlung unterlagt ist, Erklärungen zu veröffentlichen oder zu verbreiten, die einen wirtschaftlichen Boykott gegen die Antragstellerin enthalten oder boykottähnlichen Charakter tragen. — Auch der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat gegen den „Angriff“ und Dr. Goebels eine einstweilige Verfügung erwirkt. Dr. Goebels hat gegen die einstweilige Verfügung zugunsten des Scherl-Verlages Widerspruch erhoben.

Kurze Nachrichten

Die angeblichen Differenzen im Reichskabinett. Zu Meldungen, daß eine Reihe von Kabinettsmitgliedern durch die Rede des Reichsernährungsministers von Braun in München überrascht worden sei, wird von zuständiger Seite erklärt, daß der Text der Rede Brauns den übrigen beteiligten Ressortministern bis auf das letzte Komma bekannt gewesen ist. Infolgedessen trifft es auch nicht zu, daß Minister Warmbold, wie eine Zeitung sagt, schärf gegen den Ernährungsminister Stellung genommen habe.

Die deutsch-belgischen Kontingentierungsverhandlungen haben Freitag vormittag in Brüssel begonnen.

Eine deutsche Luftpostausstellung wurde heute, Samstag, in Berlin eröffnet. In seiner Eröffnungsansprache gedachte Reichsverkehrsminister Frey, v. Ullrich, die Wiedererweckung der deutschen Luftfahrt durch die Hochleistungen der ersten Segelflieger auf der Höhe und der Opfer an Blut und Gut, welche die deutsche Jugend für den Luftpost und damit für die Erhaltung des Luftfahrtgedankens in einem Jahrzehnt schwerster außerpolitischer Anbelangung und drückendster wirtschaftlicher Not gebracht hat. Das Vaterland werde dieser deutsch-jugendlichen Luftpost für „Democh“ ewig Dank wissen.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im September 1932 beläuft sich für den Durchschnitt des Monats auf 119,5 gegenüber 120,3 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,7 Prozent. An dem Rückgang ist hauptsächlich die Bedarfsgruppe Ernährung beteiligt.

Einigung im Tarifstreit der Seeschiffahrt. Die Tarifverhandlungen in der Seeschiffahrt fanden am Freitag in Hamburg ihren Abschluß. Durch Vereinbarung vor dem Schlichter der Nordsee, Dr. Stengel, haben sich die Parteien auf eine vorläufige Fortdauer der Tarife bis zum 30. November geeinigt.

Verkehrsstreik in Hamburg. Einem in der vergangenen Nacht gefassten Streikbeschlusse der Arbeitnehmer der in der Hamburger Hochbahn-A.G. zusammengefassten Verkehrsmittel ist heute, Samstag früh, Folge geleistet worden, so daß der Verkehr auf den Hamburger Straßenbahnen, der Hochbahn und den Alsterdampfern vollständig ruht. Der Reichsarbeitsminister hat die Tarifparteien zu Nachverhandlungen über den Lohn- und Arbeitszeitschiedspruch vom 29. September, der eine Arbeitszeiterhöhung von 48 auf 45 Stunden und eine Lohnsenkung von 5 Prozent vorsieht, auf Montag nachmittag in das Reichsarbeitsministerium eingeladen.

Belegschaft des Alexanderwerks freilassen. Die Verwaltung des Alexanderwerks in Remscheid teilt mit, daß sie die gesamte etwa 700 Mann starke Belegschaft, wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung mit sofortiger Wirkung freilassen habe.

Die Berliner Möbeltransportarbeiter haben beschloffen, in den Streik zu treten. Der Streik, gerade zur Umzugszeit, muß naturgemäß erheblichen Schaden für das Publikum zur Folge haben.

Der deutsche Weltflieger von Gronau, der zum Ehrenbürger von Manila ernannt wurde, ist am Freitag in Zamboanga, auf der Westspitze der Philippineninsel Mindanao, gelandet.

Badischer Teil

Zum 85. Geburtstag des Reichspräsidenten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Das badische Staatsministerium hat heute an den Herrn Reichspräsidenten aus Anlaß seines 85. Geburtstages folgenden Glückwunschschreiben gerichtet:

„Karlsruhe, den 1. Oktober 1932.

Seiner Exzellenz des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg Berlin

Herr Reichspräsident!

Zu dem Ehrentage, an welchem Euerer Exzellenz das 85. Lebensjahr vollenden, übersendet die badische Staatsregierung durch mich Ihnen ihre aufrichtigen Glück- und Segenswünsche. Die Regierung weiß sich mit dem ganzen badischen Volke und dem badischen Lande einig in der Verehrung für die Person Euerer Exzellenz und in der Bewunderung für die Vaterländische Hingabe Euerer Exzellenz im Dienste des Vater- und des Reiches. Wollen der Segen des Höchsten Sie, Herr Reichspräsident, auch fernhin beschützen, und möge Ihnen ein ungetrübt lebenslang noch lange Jahre beschieden sein. Mit dem Ausdruck der ausgezeichnetsten Hochachtung Euerer Exzellenz sehr ergebener

Dr. Schmitt.

Der Evang. Oberkirchenrat hat angeordnet, daß am nächsten Sonntag im Hauptgottesdienst des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten in geeigneter Weise gedacht und der Reichspräsident in das Gebet der Gemeinde fürbittend eingeschlossen werde.

Dem Vorbild der badischen Regierung folgend, werden am Samstag, den 1., und Sonntag, den 2. Oktober d. J., anlässlich des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten in Karlsruhe die städtischen Gebäude besetzt werden. An den Reichspräsidenten hat der Oberbürgermeister folgendes Telegramm gerichtet:

Reichspräsident von Hindenburg, Berlin. Die badische Landeshauptstadt erbietet Euerer Exzellenz, ihrem hochverehrten Ehrenbürger, zum 85. Geburtstage ehrfurchtvolle und aufrichtigste Glück- und Segenswünsche. Oberbürgermeister Dr. Finter.

Dem Gedächtnis des verstorbenen Innenministers Maier

Der Süddeutsche Kanalverein bringt an der Spitze der neuesten Nummer seiner Zeitschrift „Süddeutschland“ einen Nachruf auf den Innenminister Emil Maier. Es heißt darin, daß der Verstorbenen in dem damaligen Streit um den Bau der Staustufe Heidelberg und um die Fortsetzung der Redar-Analysierung über Heidelberg hinaus als Vertreter dieser Stadt unentwegt für den planmäßigen Ausbau des Redar-Anals eingetreten sei. Man werde voll Dankbarkeit für seine rege Mitarbeit immer feiner gedenken.

Winternothilfe 1932

Ein Aufruf des Badischen Bauernvereins

Der Badische Bauernverein erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Ein schwerer Notwinter steht vor der Tür. Millionen deutscher Brüder und Schwestern sind ohne Arbeit. Die öffentliche Fürsorge reicht bei weitem nicht aus, um die größte Not zu lindern. Unsere arbeitslosen Brüder und Schwestern sollen und dürfen aber im kommenden Winter nicht hungern. Unsere Ehre als Deutsche gebietet uns, zu helfen; unser christliches Empfinden macht uns dies zur unabwendbaren Pflicht. Unser Ruf ergeht darum auch heute wieder an den Bauernstand, und unsere Bitte zu helfen, an das Herz der Bauernfamilie. Wenn wir um Hilfe für die Notleidenden in Stadt und Land bitten, so wissen wir wohl, daß auch auf dem Lande die Wirtschaftskrise vorhanden ist, und daß in mancher Bauernfamilie bittere Not und Verzweiflung herrscht. Und trotzdem richten wir an alle Berufsgenossen die Bitte zu helfen, weil wir wissen, daß gerade der Bauer, der selbst die Not kennt, bereit ist, den Volksgenossen, dem es noch schlechter geht, zu unterstützen, auch dann, wenn man in den Städten oft nicht das Verständnis für die Lage der Landwirtschaft aufbringt, das mit gutem Recht verlangt werden müßte.“

Baugeldanteils bei der Badischen Landesbauparlatte

Bei der am 30. September stattgefundenen sechsten Baugeldanteilsverteilung der Badischen Landesbauparlatte gelangten 125 000 Reichsmark zur Verteilung. Berücksichtigt wurden 27 (155) Bauparzer. Die Bauparzer verteilen sich auf folgende Spar- und Darlehensbezirke: Mannheim, Walldorf, Heidelberg, Völklingen, Karlsruhe, Durlach, Bruchsal, Gernsbach, Laub, Freiburg, Breisach, Staufen, Triberg, Furtwangen, Säckingen, Dörsch und Waldshut.

Die Bauparzer gehören folgenden Berufsgruppen an: Selbstständige Kaufleute 6 (28), Angestellte 1 (13), Beamte 4 (16), Landwirte 4 (11), Handwerker 4 (33), Arbeiter 3 (6), freie Berufe 2 (19), juristische Personen 3 (29). Die Badische Landesbauparlatte hat bis jetzt 1 375 000 RM. an 182 Bauparzer zugeteilt. Die öffentlichen Bauparlaten insgesamt über 86 Millionen RM.

Betrügerischer angeblicher Kriegsgefangener

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Am 20. September 1932 wurde in Randern der 88 Jahre alte Dienstherr Eugen F. aus Amoltern wegen Betrugs festgenommen. Er hatte auf Gebetskarten die Namen von im Krieg ermordeten Soldaten abgelesen, besuchte dann deren Angehörige, denen er vortäuschte, er käme aus Gefangenschaft; er sei aus einem Gefangenentage gestücht, in dem sich jetzt noch der Vermählte als Gefangener befinde. In einem Falle erzählte er, aus sibirischer Gefangenschaft zu kommen, wo noch 800 deutsche Gefangene in einem Bergwerk arbeiten müßten, denen es sehr schlecht gehe. Die Angehörigen der Vermählten glaubten diese Angaben und bewirteten und beschenkten den Betrüger, der niemals in Gefangenschaft war. Zweifellos hat er eine Anzahl Familien auf gleiche Weise betrogen. Damit er der verdienten Strafe nicht entgeht, wird gebeten, alle Fälle der Polizei, Gendarmen, dem Landespolizeiamt Karlsruhe oder der Staatsanwaltschaft — Abt. 3 a — Freiburg zur Anzeige zu bringen.

Deutscher Binnenschiffahrtsklub Mannheim 1932

Als Anlaß zum Deutschen Binnenschiffahrtsklub 1932, der am heutigen Samstag in Mannheim stattfindet, wurden die Teilnehmer an der Tagung am Freitagabend durch die Stadt Mannheim, die Handelskammer Mannheim und den Vorstand des Zentralvereins für deutsche Binnenschiffahrt e. V. im Ritteraal des Schlosses begrüßt.

Oberbürgermeister Dr. Heimerich dankte namens der Stadt dafür, daß diese bedeutsame Tagung nach Mannheim verlegt worden sei. Eng verbunden sind die Räte der Rheinischschiffahrt mit der Arbeitsbeschaffung, die Gleichordnung von Eisenbahn und Schiffahrt bleibe auch heute noch ein erstrebenswertes Ziel, das gegenüber allen zu weitgehenden Autarkiebestrebungen verfolgt werden müsse. Mannheim werde auch lebensfähig sein, wenn der Rhein bis zum Bodensee schiffbar gemacht werde und der Kanal bis zur Donau führe.

Die Grüße der Handelskammer Mannheim übermittelte Handelskammerpräsident Dr. Lenel, der auf die vom Standpunkt der Wirtschaft immer bestehende Notwendigkeit eines schnellen, zuverlässigen und billigen Verkehrs hinwies. Von dem Ziele einer Verständigung mit der Reichsbahn sei man noch weit entfernt, denn die Reichsbahn wüßte das Verkehrsmonopol. Der Redner ging dann auf die Notwendigkeit des Reichskanals ein, die vor allem die Privatwirtschaft zu stärken verjüge. Wenn auch nicht alle Projekte begrüßt werden können, so werde man doch die Notwendigkeit als eine Tat im rechten Augenblick begrüßen können (lebhaft Zustimmung).

Tagung des Süddeutschen Kanalvereins

Für weiteren Ausbau bis zur Verbindung Rhein—Donau Am Freitagnachmittag fand im Sitzungssaal der Mannheimer Handelskammer die diesjährige Tagung des Süddeutschen Kanalvereins für Rhein, Donau und Redar unter dem Vorsitz von Geh. Hofrat Dr. Dr.-Ing. e. h. Peter Brudmann statt.

Zu Beginn der Tagung, der Vertreter der Handelskammern Mannheim und Stuttgart, der badischen und württembergischen Regierungen, sowie der Stadt Mannheim beiwohnten, gedachte der Vorsitzende der verdienten verstorbenen Mitglieder des Vereins, unter anderem des ehemaligen badischen Innenministers Emil Maier, Heidelberg, der sich besonders um den Bau der Staustufe Heidelberg bleibende Verdienste erworben hatte. Der Redner wird vor allem seine Propaganda für die Fortführung der Redaranalysen bis zur Donau fortsetzen. Das große Ziel des Vorbringens in die Hochwassergebiete und das württembergische Hinterland wird der Verein weiter verfolgen.

Kanalstammespräsident Dr. Lenel, Mannheim, erinnerte daran, daß die Erfolge, die der Verein bisher hatte, umso höher zu bewerten seien, als sie in den schweren Krisenjahren erzielt wurden. Nicht zuletzt seien diese Erfolge dem harmonischen Zusammenwirken der Landesvereine von Baden und Württemberg zu verdanken. Man dürfe hoffen, daß der zweite Teil der Kanalstrecke, der jetzt in Angriff genommen werde, so schnell vollendet sei, wie der erste Teil. Der Präsident des Badischen Wasser- und Straßenbauamtes, Paul, Karlsruhe, überbrachte für die badische Regierung, Oberbaudirektor Rehm, für die württembergische Regierung Grühe.

Der gedruckte vorliegende Jahresbericht geht vor allem davon aus, daß die Arbeiten am Redaranal auch im Berichtsjahr planmäßig fortgesetzt wurden. Direktor Selbin gab den Rechnungsführer, der einen starken Rückgang der Mitgliederbeiträge erkennen läßt. Während 1930 noch 27 718 RM. eingenommen wurden, wird sich die Einnahme aus Mitgliedsbeiträgen im laufenden Geschäftsjahr auf ungefähr 18 000 RM. herabmindern. Bei den Wahlen wurde hingewählt Bürgermeister Fagan, Lauburg, der jeweilige Reichsverkehrs- und Reichsfinanzminister, der Präsident des Landesamts für Süddeutschland, Dr. Kälin, Stuttgart, sowie der neugewählte Präsident der Handelskammer Stuttgart.

Anschließend referierte Strombaudirektor Konz, der vom Kanalbauverein beauftragte Sachverständige über das Projekt zur Lösung der Ulm-Neuulmer Kanalanschlüsse und Hafenfrage. Er betonte, daß das Projekt in Ulm-Neuulmer deswegen so wichtig sei, weil dort drei Wasserstraßen, nämlich die Verbindung Bodensee—Donau, Balingen—Ulm und der Kanal selbst zur Donau einmünden würden. Die Firma Grün & Bilfinger habe bereits vor Jahren ein Projekt für diese Arbeiten fertiggestellt.

Eine Entschließung fand einstimmige Annahme, in der mit Befriedigung von den planmäßigen Fortschritten im Ausbau des Redaranal Kenntnis genommen wurde. Sie begrüßt es besonders, daß zu den bereits angeführten Bauten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reiches demnächst weitere Arbeiten an der Strecke Heilbronn—Balingen durchgeführt werden sollen. Man nahm dies als ein sicheres Zeichen dafür, daß die maßgebenden Stellen nach wie vor entschlossen sind, dem Redaranal planmäßig und entsprechend den seiner Zeit abgeschlossenen Staatsverträgen in sein eigentliches Wirkungszentrum das hochentwickelte Wirtschaftszentrum von Groß-Stuttgart mit seinem dichtbesiedelten Hinterland vorzutreiben. Nachdem in Heilbronn die Voraussetzungen für den Anschluß an den neuen Großverkehrsweg geschaffen sind, erwartet der Verein, daß Mittel und Wege gefunden werden, um nacheinander die letzten drei an der Strecke Mannheim—Heilbronn liegenden Staustufen Gunttensbach, Redarstamm und Gumbelsheim nebst den dazu gehörigen Kraftwerken gleichzeitig in Angriff zu nehmen und ohne Unterbrechung in einem Zuge zur Durchführung zu bringen.

Um die beiden Rheinbrücken

Zur Besprechung der Finanzminister Badens und Bayerns in Lindau zwecks Erbauung der Rheinbrücken bei Magau und Speyer, die, wie bereits gemeldet, dazu führte, daß sich beide Länder auf einer einheitlichen Linie zusammengefunden haben, stellen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ gegenüber anderslautenden Nachrichten noch fest, daß die bayerische Regierung durchaus mit der Erbauung der Brücke bei Magau einverstanden ist; sie besteht aber darauf, daß auch die Erbauung der Brücke bei Speyer sichergestellt wird. Das bayerische Finanzministerium wird sich dabei bei den in der nächsten Woche stattfindenden Verhandlungen in Berlin mit dem Reichsverkehrsministerium nachdrücklich auch für den Speyerer Brückenbau einsetzen.

Statistik über die letzte Reichstagswahl

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In Wäldle erscheint ein Wahlheft mit den badischen Landesergebnissen der Reichstagswahl am 31. Juli 1932, das u. a. die auf die 9 größten Parteien in den einzelnen Gemeinden entfallenen Stimmen enthält.

Es ist vom Badischen Staatlichen Landesamt in Karlsruhe, Akademiestraße Nr. 1, zum Selbstkostenpreis (1,50 RM.) zu beziehen. Sofortige Aufgabe der Bestellung ist notwendig, weil aus Sparmaßregeln nur eine kleine Auflage gedruckt werden kann.

Aus der Landeshauptstadt

Neuer Fahrplan. In der Nacht zum Sonntag, den 2. Oktober 1932 tritt der Winterfahrplan in Kraft. Es kann jedem Reisenden nur dringend empfohlen werden, sich über die Abfahrtszeiten genau zu unterrichten, da der Winterfahrplan in einer Reihe von Fällen andere Zeiten vorsieht und eine ganze Anzahl von Zügen während des Winters nicht oder nur vorübergehend gefahren werden.

Kundfunkförderungsamt der Reichspost. Am 1. Oktober geht die Wahrnehmung des Kundfunkförderungsamtes von den Funkhilfen der Funktunde Berlin, der Norddeutschen, Ostdeutschen, Westdeutschen, Süddeutschen, Südbadischen und Mitteldeutschen Kundfunkgesellschaft, sowie der Schlesischen Funktunde auf die Deutsche Reichspost über. Von diesem Tage ab werden Meldungen über Kundfunkförderungen von den Postämtern, Telegraphenämtern und Fernsprechämtern auch durch Fernsprecher entgegengenommen.

Das nächt. Mieteneigungsamt in Karlsruhe wurde mit Wirkung vom heutigen Tage aufgehoben. Die Geschäfte gingen auf das Amtsgericht Karlsruhe über.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Seit gestern ist nun doch noch auch in Süddeutschland Aufheiterung eingetreten. In klarer Nacht führte deshalb die Ausstrahlung zu kräftiger Abkühlung, so daß auf der Saar bis zu 2 Grad Frost als Tiefsttemperatur erreicht wurden. Die Aufheiterung wurde durch den Vorstoß eines Hochdruckkeiles verursacht, der sich von Südwesten zwischen uns und die über der Pescara liegende Pyreneen geschoben hat. Nach dieser Entwicklung der Wetterlage kann auch für morgen mit Fortdauer des heiteren Herbstwetters gerechnet werden. — Voraussage: Fortdauer der im allgemeinen heiteren, nachts kühlen und am Tage warmen Witterung.

Wasserstände: Waldshut 234 unv., Bafel 26 minus 3, Rehl 234 unv., Magau 387 minus 1, Mannheim 250 minus 5, Caub 163 plus 4.

Kurze Nachrichten aus Baden

5. Süddeutsche Gastwirtsmesse. Die 5. Süddeutsche Gastwirtsmesse, verbunden mit einer großen Kochkunstschau, die vom 1. bis 9. Oktober 1932 in Freiburg von den Landesverbänden Bayern, Württemberg, Hessen und Baden des Deutschen Gastwirterverbandes in Freiburg i. Br. veranstaltet wird, wurde heute morgen in der Städtischen Festhalle in Gegenwart einer großen Zahl von Ehrengästen, nach einem Begrüßungswort des Präsidenten des Badischen Gastwirterverbandes, Adolf Knobel, durch den Ehrenvorsitzenden der Messe, Oberbürgermeister Dr. Bender, Freiburg i. Br., eröffnet. Die Ausstellung ist außerordentlich reichhaltig. Die Industrieausstellung gibt einen außerordentlich reichhaltigen Überblick über die Erzeugnisse, deren das Gastwirtsgerätee bedarf. Ganze Kücheneinrichtungen, moderne Kochapparate, Kaffeemaschinen, Kühlschrank, Bier- und Weinbuffets, Räucher- und Aufbewahrungsschränke sind zu sehen. Besonders interessant sind die Abteilungen der kleinen Hilfsapparate, wie Messerputz-, Schärfe- und Poliermaschinen, Universalrührmaschinen, sowie andere Küchenmaschinen, die Stände mit Gastwirtsgeräten u. dgl. Auch die Elektroindustrie ist mit zahlreichen Apparaten und Maschinen für das Gastwirtsgerätee vertreten. Einen großen Teil der Ausstellung machen auch die Erzeugnisse der Konservfabriken, der Wäsch- und Futtermittelfabriken, der Kaffee- und Teeerzeugnisse ufm. aus. Daß in der Weinstadt Freiburg auch die Weinhandlungen vertreten sind, versteht sich von selbst. Es gibt überhaupt keinen Industrie- und Handelszweig, der mit dem Gastwirtsgerätee in irgendeiner Beziehung steht, der nicht wenigstens einmal auf der Messe vertreten wäre. Der wirtschaftliche Zweck dieser Ausstellung und Messe, eine Einkaufsgelegenheit für das süddeutsche Gastwirtsgerätee zu sein, ist voll erreicht. Daneben bieten aber die Ausstellungen auch dem Nichtfachmann und insbesondere den Hausfrauen mancherlei Interessantes.

Zusammenstoß zwischen Zug und Lastkraftwagen. Bf. Raftatt, 1. Okt. Heute früh 7.45 Uhr stieß der Triebwagen 707 bei Bachstätt 77, Übergang Raftatt—Sandweiler der Strecke Raftatt—Wintersdorf, bei nicht geschlossener Schranke mit einem Lastkraftwagen mit Anhänger der Glasindustrie AG. Karlsruhe zusammen. Kraftwagenführer Wilhelm Ermel wurde getötet, der Beifahrer Hugo Sonnenwald schwer verletzt ins Raftatter Krankenhaus gebracht. Der Triebwagen, in dem zwei Reisende leicht verletzt wurden, ist entgleist, wodurch die Strecke etwa zwei Stunden gesperrt war. Der Verkehr konnte 10.30 Uhr wieder aufgenommen werden. Untersuchung ist eingeleitet.

51b. Walldorf (bei Wiesloch), 29. Sept. Große Gleisumbauten werden seit einigen Tagen an dem Bahnkörper der Reichsbahnstation Wiesloch—Walldorf durchgeführt. Das alte Gleis wurde weggerissen und der Unterbau neu aufgestellt, so daß der bisherige Uebelstand des Hocharbeitens des feuchten Untergrunds von unten her behoben ist. Die alte Schienenanlage wurde durch den modernen Holzschwellenbau und das dazu gehörige schwere Schienenprofil ersetzt.

250 Jahre Friedrichsfeld. Am Sonntag, den 9. Oktober, feiert die Gemeinde Friedrichsfeld ihren 250. Geburtstag. Die Gründung Friedrichsfelds geht auf die Bitte französischer Flüchtlinge um Niederlassung in dem Gebiete des Kurfürsten Karl von der Pfalz (1682) zurück.

Besuch einer Dampfwascherei. Der Inhaber der Firma Berthold Roll, Dampfwascherei in Bulach (die ihr 50jähriges Bestehen in diesem Jahre feiert), Herr Roll, hatte sämtliche Mitglieder des Hausfrauenbundes zu einer gemüthlichen Aussprache in den Gartenhof zu Moninger eingeladen. Es lag Herrn Roll in erster Linie am Herzen, veraltete Rourter der Hausfrau gegen das Waschen in Waschereien zu entkräften. Die Firma Berthold Roll — maschinell auf modernste eingerichtet — huldigt noch immer dem alten Brauch der Rasenbleiche, als dem schonensten Mittel zur Erzielung einer blendend weißen Wäsche und wer die wundervoll gepflegten saftigen weiten Rasenflächen draußen in Bulach gesehen, ist überzeugt, dort seinem Waschgut das Beste angedeihen zu lassen. Das Verhältnis von Hausfrau zur Waschanstalt muß auf größtem Vertrauen gegründet sein. Wer am Mittwoch Herrn Roll hörte, mit welcher liebevoller Fürsorge alles bis ins Kleinste in seiner Anstalt bedacht ist, der muß zu diesem nötigen Vertrauen kommen. Das weiche, nur zwei deutsche Härtegrade enthaltene (statt 16—18 in Karlsruhe Wasser) Wasser der Alb, das durch ein modernstes Filterwerk über 500 Zentner Kieselsteine geleitet, fast trinkrein erscheint, bietet im Verein mit der erstklassigen maschinellen Einrichtung der Anstalt das Beste vom Besten. — Es finden nun Führungen der Mitglieder des Hausfrauenbundes durch die Wascherei Roll statt. Wie auch Herr Roll jederzeit (außer Samstags) gerne bereit ist, Interessenten seine Anstalt zu zeigen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	1. Oktober		30. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.18	169.52	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	75.37	75.53	75.32	75.48
Italien . . . 100 L.	21.58	21.62	21.60	21.64
London . . . 1 Pf.	14.54	14.58	14.52	14.56
New York : 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.48	16.52	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	81.19	81.25	81.12	81.28
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Deutschlands Kohlenvorräte. Deutschland förderte an jedem Arbeitstag des Juli 1932 817 000 Tonnen Steinkohlen, 1931 871 000 Tonnen Steinkohlen. Deutschland förderte weiter an jedem Arbeitstage des Juli 1932 382 000 Tonnen Braunkohlen, 1931 446 000 Tonnen Braunkohlen. Deutschlands Halben wiesen einen Steinkohlenvorrat am 31. Juli 1932 von 5 000 000 Tonnen und am 31. Juli 1931 von 4 700 000 Tonnen auf.

25 Jahre Ebel. Der Ebel-Verband, Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften e. V., blickt in diesem Jahre auf sein 25jähriges Bestehen zurück. Die ihm angeschlossenen 430 Genossenschaften mit ihren 30 000 Mitgliedern werden den Gründungstag am Sonntag, den 16. Oktober d. J., unter Teilnahme der Behörden und Organisationen feiern. Über diese Veranstaltung hinaus wird die Ebel-Kaufmannschaft in einer besonderen Jubiläumswoche der Verbraucherschaft ihre Leistungsfähigkeit vor Augen führen.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz, Karlsruhe. Das Feinerzeugnis der Verwaltung Karlsruhe beantragte Vergleichsverfahren ist, nachdem die Unterlagen geprüft sind, am 21. Sept. 1932 eröffnet worden. Der Inhalt des Vergleichsvorschlags ist nach wie vor unverändert. Es wird eine zweijährige Stundung mit Zinsermäßigung, nicht aber ein Kapitalnachschuß vorgeschlagen. Für diejenigen Gläubiger, die bereits der Bank gegenüber ihre Zustimmung schriftlich erklärt haben, ist eine weitere Zustimmung dem Gericht gegenüber nicht erforderlich.

Generalversammlung der Bad. Obst- und Gemüsegewerke AG. in Griesheim (Baden). Am Freitagnachmittag fand in den Räumen des Rudervereins in Worms die Generalversammlung der Badischen Obst- und Gemüsegewerke AG. in Griesheim (bei Badstut) statt. Es waren zwei Aktionäre mit einer Stimmzahl von 16 201 anwesend. Der Geschäftsbericht wurde einstimmig angenommen und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Betrieb seit dem 1. April 1931 vollständig stillgelegt ist. Für die Unterhaltung der Gebäude sind Unkosten in Höhe von 61 464,91 RM. entstanden, wodurch sich der aus dem vorigen Geschäftsjahr ausgewiesene Verlust von 265 887,99 RM. auf 327 352,90 RM. erhöht, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Bei der Aufsichtsratswahl wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt und an Stelle des ausscheidenden Mitgliedes Fabrikant Stehle, Stuttgart, Kaufmann Alfred Wettschein, Frankfurt a. M., neu hinzugewählt.

Angehendes Holzgeschäft. Augenblicklich ist, wie aus Neu-Nadl i. Schw. berichtet wird, im Holzgeschäft eine gewisse Besserung festzustellen. Verschiedentlich sind Lager abgefahren oder verringert worden. Die Fürstl. Fürstenbergische Ständeherrschaft läßt wieder mehr Holzabtrieb ausführen, die gutes Bauholz liefern. — In Wolfach wurden in letzter Zeit rund 700 Festmeter Stammholz zu 40 bis 42 Proz. der Landesgrundpreise verkauft.

Staatsanzeiger

Sammlung.
Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Flottenbund Deutscher Frauen und dem Deutschen Flottenverein, gemeinsame Geschäftsstelle hierfür in Berlin W 10, Matthäikirchstraße 13, in jederzeit widerrechtlicher Weise die Genehmigung erteilt, durch Veröffentlichung und Vergebung eines Auftrags eine öffentliche Sammlung von Geldmitteln zur Beschaffung eines Erbschaftsschiffes für das untergegangene Segelschiff „Niobe“ zu veranstalten.

Diese Genehmigung gilt bis 31. März 1933.
Karlsruhe, den 30. September 1932.
Der Minister des Innern.
J. B. Weigel.

Lotteriel.
Dem Münsterbauverein Abergingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Gelb- und Lotterie erteilt.
Karlsruhe, den 29. September 1932.
Der Minister des Innern.

Lebensrettung.
Dem Tagelöhner Willy Deidesheimer in Mannheim-Neckarau, Schmiedgasse 10, der am 15. August 1932 durch mutiges, entschlossenes Handeln die Waise Georgina Unfried aus Mannheim vom Tode des Ertrinkens im Rhein gerettet hat, spreche ich hiermit eine

öffentliche Belobung
aus.
Mannheim, den 29. September 1932.
Der Landeskommissär:
Scheffmeier.

Bekanntmachung.
Das Schiedsamt hat in seiner Sitzung vom 30. September 1932 folgende Ärzte zur Kostenpraxis zugelassen:
1. Dr. med. Ernst Noack in Durlach für den Verteilungsbezirk Ettlingen,
2. Dr. med. Arthur Hofmann z. St. Mainz für den Verteilungsbezirk Mannheim mit dem Arztitz in Mosheim,
3. Dr. med. Fritz Sittlerlin z. St. Wiesloch für den Verteilungsbezirk Wiesloch mit dem Arztitz in Gorenberg.
Jeder zur Einlegung eines Rechtsmittels Berechtigter kann binnen zwei Wochen nach dem Ende der Ausschreibung (§ 46 Abs. 1 der Schiedsamtordnung vom 23. April 1932) die Erteilung einer Ausfertigung des Beschlusses mit Gründen gegen Erstattung der dadurch entstehenden Kosten beantragen.
Karlsruhe, den 30. September 1932.
Der Vorsitzende
des Schiedsamts für Ärzte und Krankenkassen.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums:
Ernannt:
Gerichtsassessor Johann Schönitz aus Pforzheim unter Verleihung der Amtsbezeichnung „Justizrat“ zum Notar in Wonnard, Gerichtshilfsrat Adolf Freyhof beim Amtsgericht Weinheim zum Justizoberinspektor.

Befördert:
Justizrat Viktor Krämer in Eppingen nach Durlach.
Zur Ruhe gesetzt:
Justizoberinspektor Friedrich Frank beim Amtsgericht Freiburg.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft:
Zugelassen als Rechtsanwalt:
Die Gerichtsassessoren Dr. Max Egertmeier beim Landgericht Mannheim, Hermann Krieg beim Landgericht Offenburg, Dr. Wilhelm Pfeiff beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelsfachen in Pforzheim, der frühere Justizrat Dr. Walter Fude-Nichols beim Landgericht Heidelberg, die Rechtsanwältin Dr. Lotbar Gutheim beim Landgericht Mannheim nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Freiburg, Alfred Kunzmann beim Landgericht Freiburg nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Offenburg, August Welsandt beim Amtsgericht Staufen nach Verzicht auf seine Zulassung beim Amtsgericht Weisbach.

Gestorben:
Rechtsanwalt Dr. Heinrich Mayer in Mannheim.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 8. bis 9. Oktober 1932
Im Landestheater:
Montag, 8. Oktober. * G 2. Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. Große Szene. Komödie von Arthur Schnitzler. Hierauf: Der grüne Kakadu, Grotteske von Arthur Schnitzler. 20 bis 22.15 (3,30).
Dienstag, 9. Oktober. * B 3. Th.-Gem. 801 bis 900 und 1501 bis 1550. Reifeprüfung. Drama von Max Dreger. 20 bis 22 (3,90).
Mittwoch, 10. Oktober. * A 3 (Mittwochmiete). Th.-Gem. I. S.-Gr. Ein Sommernachtsstraum. Fantastisches Lustspiel von Shakespeare. Musik von Mendelssohn-Bartholdy. 19.30 bis 22.15 (3,90).
Donnerstag, 11. Oktober. * D 4 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem. 1201 bis 1300. Figaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 20 bis nach 23 (5,-).
Freitag, 12. Oktober. * F 3 (Freitagmiete). Th.-Gem. 901 bis 1000. Margarethe. Große Oper von Gounod. 20 bis 23.15 (5,-).
Samstag, 13. Oktober. * E 3. Th.-Gem. 1001 bis 1100. Die Räuber. Trauerspiel von Schiller. 20 bis gegen 23.30 (3,90).
Sonntag, 14. Oktober. Nachmittags: 1. Vorstellung der Sondernmiete für Auswärtige: Die Regimentstochter. Komische Oper von Donizetti. 15.15 bis 17.15 (3,30).
Abends: * C 3. Th.-Gem. 1301 bis 1400. Figaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 19.30 bis nach 22.30 (5,70).

Für die **Arbeitsdienst-Gruppe**
Alles
für das
Baufach
Verlangen Sie Listen
J. Prölsdörfer • Karlsruhe 1
Spezialhaus für Baubedarf

50
Feinwäscherei
Berth. Roll
hat bei seiner **Wäsche - Behandlung**
Tradition
Rasen-, Luft- u. Sonnenbleiche
mit modernster Einrichtung M. 6.

Die unentgeltliche öffentliche Impfung der Kinder der Stadt Karlsruhe einschließlich der Stadtteile Mühlburg, Daglanden, Grünwinkel, Veierheim, Bulach, Hinhelm und Ruppurr wird an den nachgenannten Tagen wie folgt vorgenommen:
Impfung in der Gartenschule
Montag, den 10. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr.
Dienstag, den 11. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr.
Impfung in der Zuluschule
Mittwoch, den 12. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr.
Donnerstag, den 13. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr.
Nachschau in der Gartenschule
Montag, den 17. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr.
Dienstag, den 18. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr.
Nachschau in der Zuluschule
Mittwoch, den 19. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr.
Donnerstag, den 20. Oktober 1932, nachmittags 5 Uhr.
Karlsruhe, den 30. September 1932. S. 198
Folgekopfdruck B. O. 3. 27

Städtische (Öffentliche) Spartasse Oberkirch

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassenbestand	6 912,01	1. Spareinlagen	2 511 009,50
2. Bei Bad. Komm. Landesbank u. anderen Banken	27 561,07	2. Depositen	3 640,85
3. Wertpapiere	44 413,50	3. Giroeinlagen	118 186,45
4. Wechsel	76 661,35	4. Aufgewert. Spareinlagen	669 462,53
5. Darlehen a. Hypotheken	1 548 700,-	5. Anlehenskapitalien	17 195,56
6. Darlehen in lfd. Rechnung	367 084,87	6. Sonstige Kapitalien	91 252,80
7. Darlehen a. Schuldschein	438 980,-	7. Sonderrücklagen	8 613,88
8. Darlehen an Gemeinden	131 217,-	8. Gespächte Rücklagen	174 559,94
9. Sonstige Kapitalien	133 878,12	9. Reingewinn vom Jahre 1931	20 809,31
10. Aufwertungskapitalien	555 993,08		
11. Erlös aus Grundstücken	104 227,26		
12. Forderungsrückstände	85 932,-		
13. Grundstücke u. Gebäude	85 170,56		
14. Gerätschaften	8 000,-		
	3 614 730,82		3 614 730,82

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 3 302 299,33 RM = 264 183,95 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 195 369,25 RM
Somit weniger 68 814,70 RM
Oberkirch, den 30. September 1932. S. 197
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Fellhauer. Der Geschäftsleiter: Fröhe.

Betr. Jagdverpachtungen

Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München, u. a. auch offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Zanderhofsheim, Büdingen, Oberburten, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Kallat, Baden-Baden, Reßlingen, Rinsigal, Rapp, Freiburg, Badstut, Donaueschingen, Singau, Heber, Sersing und Sankt. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Anknüpfungsglied für Jagd- und Fischereiverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger“ K. E. Mayer Verlag, München 2 C, Spartenstr. 11. M. 46

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATTER
DOSSENHEIM i. B. 1932.
S. 198
STRASSENBAU-MATERIAL

Badische Bank
Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen
Drud G. Braun, Karlsruhe

Schöne 2-Zimmerwohnung
mit Küche u. Keller sofort preiswert zu vermieten.
Zu erfragen bei der
Städt. Spartasse Karlsruhe
(Zimmer 5, Fernruf 7025). m. 60

Rollbahnen und Baugeräte
zu Kauf und Miete
Wilh. Messmer, Villingen
Fernsprecher 2131, Gegr. 1903
Kataloge gratis M. 18

Badisches Landestheater
Sonntag, den 2. Okt. 1932
* E 2. Th.-Gem. 601-700
Das Dreimäderlhaus
Singspiel von Schubert-Verté
Dirigent: Keilberth
Regie: Brucha
Mitwirkende:
Blank, Genter, Haberhorn, Fischbach, Janz, Winter, Vurf, F. Kilian, E. Vinde-mann, Lubach, Brand, Gerz, Gosbach, Kainbach, Kiefer, Kloebe, Rehner, Krüter, Mitsch, Uras, G. Gröbinger, Kilian, G. Lindemann, Schneiß, Schützler, 3. Sonntag

Große Szene
Komödie
von Arthur Schnitzler
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Ewig, Janz, Ernst, Kloebe, Schneider, v. d. Trend, Ehret, Mateo
Hierauf
Der grüne Kakadu
Grotteske
von Arthur Schnitzler
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Vertram, Ernath, Ewig, Rademacher, Seiling, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Gerz, Gietl, Höder, Kienschel, Kuhne, Rehner, F. Müller, Krüter, Schulze, v. d. Trend, Hey, Kufz, G. Müller

Anf. 19%, Ende geg. 22%, Preise D (0,90-5,00 RM)
Montag, den 3. Okt. 1932
G 2. Th.-Gem. III. S.-Gr.
2. Hälfte
Große Szene
Komödie
von Arthur Schnitzler
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Ewig, Janz, Ernst, Kloebe, Schneider, v. d. Trend, Ehret, Mateo
Hierauf
Der grüne Kakadu
Grotteske
von Arthur Schnitzler
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Vertram, Ernath, Ewig, Rademacher, Seiling, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Gerz, Gietl, Höder, Kienschel, Kuhne, Rehner, F. Müller, Krüter, Schulze, v. d. Trend, Hey, Kufz, G. Müller
Anfang 20 Ende geg. 22%, Preise A (0,50-3,30 RM)